



## Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 03.07.2013, 17:02 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

### ÖFFENTLICH

TOP 1                      Sportpädagogische Angebote Schulcampus  
Innenstadt  
- mündlicher Bericht

---

#### **Beratungsverlauf:**

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt EBM **Seigfried** Frau Weber als seine neue Persönliche Referentin vor. Sie trete die Nachfolge von Frau Trenkle an und sei unter anderem für die Kinder- und Familienzentren zuständig.

Herr **Reichert** (FB Bildung, Familie, Sport) weist auf den als Tischvorlage verteilten Rahmenplan der Freiflächen des Innenstadt Campus Ludwigsburg hin, auf welchen er im Folgenden Bezug nimmt. Anhand einer Präsentation berichtet er über die aktuellen Fortschritte auf dem Schulcampus und stellt die entwickelten Ideen für sportpädagogische Angebote in diesem Bereich vor. Im Einzelnen geht er dabei auf die Angebote „Hol Dir den Ball“, Spielekisten, Fußballturniere, Basketballaktionen, Bewegungsparcours und „Soccer-Cage“ ein und skizziert, wie die Nutzung der Flächen für die verschiedenen Sportarten umgesetzt werden könne.

EBM **Seigfried** ergänzt die Ausführungen um seine Einschätzung zum Einfluss der geplanten Sanierungsmaßnahmen auf die angedachten Sportmöglichkeiten. Seiner Ansicht nach müsse hier mit pointierten Zwischenschritten operiert werden, die keine Auswirkungen auf die jeweiligen Baustelleneinrichtungsflächen hätten.

Stadträtin **Kopf** sieht in den einzelnen Vorschlägen noch keine einheitliche Struktur. Sie regt die Beteiligung der Schüler, der Sportlehrer und der ARGE Campus an und bittet um weitere Informationen zum Prozessablauf.

Stadtrat **von Stackelberg** befürwortet die vorgetragenen Ansätze, sieht jedoch die Notwendigkeit, den Rahmenplan des Büros Möhrle und Partner aus dem Jahr 2008 zu aktualisieren. Als nächsten Schritt wünsche er sich einen Zeitplan für die Umsetzung und die weitere Entwicklung des Areals unter der Prämisse, auch Ideen aus den Jugendkonferenzen mit einzubeziehen.

Stadtrat **Dr. Vierling** spricht sich dafür aus, die jetzige Schülergeneration nicht mit Planungen zu frustrieren, die ihnen nicht mehr zugute komme. Im Zuge dessen fordere er eine klare Darstellung der Umsetzungsschritte unter intensiver Beteiligung der Fachlehrer für Sport. Zielstellung solle es sein, mit der modernsten Generation von Spiel- und Sportgeräten die Alltagsbewegung zu fördern und kurzfristig eine einladende Gestaltung der Freiflächen zu erreichen.

Stadtrat **Heer** spricht von einem Sportpark Campus mit einer großen Aneinanderreihung von Spielplätzen. Er sehe ebenfalls noch Koordinierungs- und Abstimmungsbedarf mit dem Umfeld und mahne im Hinblick auf den städtischen Haushalt eine Umsetzung mit Augenmaß an. Seiner Ansicht nach könne ein zeitnaher Startschuss erfolgen und kleinere Projekte bereits umgesetzt werden.

Herr **Reichert** weist hinsichtlich der Ausführung der vorgeschlagenen größeren Maßnahmen darauf hin, dass diese zum jetzigen Zeitpunkt lediglich auf dem Schulhof der Elly-Heuss-Knapp-Realschule realisierbar seien. Bei allen anderen Schulen müssten die Baumaßnahmen entsprechend berücksichtigt werden, so dass hier nur mobile Angebote umsetzbar seien. Es sollte zunächst aufgezeigt werden, welche Möglichkeiten ohne große Baumaßnahmen in der Zwischenzeit gegeben seien. Diese Ideen seien den Schulen bereits weiter geleitet worden, mit der Bitte Ansprechpartner aus der Fachschaft Sport zu benennen. Der Fachbereich würde die Koordination übernehmen und im nächsten Schritt die Schulen einladen sowie auf die ARGE Campus zugehen, um die Angebote letztendlich auch zügig umzusetzen. In Bezug auf den zeitlichen Ablauf der Schulhofgestaltung auf Grundlage des Rahmenplans und den Bauablaufplan sichert er eine Weitergabe dieser Bitte an den Fachbereich Stadtplanung und Vermessung zu.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass der Abschluss der Sanierungsarbeiten an der Elly-Heuss-Knapp-Realschule unmittelbar bevorstehe, so dass hier mit der Gestaltung des Umfeldes zeitnah begonnen werden könne.

Stadtrat **Kromer** erinnert an die Planungen, möglichst viele Inhalte des Bildungsplanes im Außenbereich darstellen zu können. In diesem Zusammenhang brächten die Spiekekisten nach seiner Auffassung nicht den gewünschten Erfolg.

Stadtrat **Kirnbauer** bittet zunächst darum, einen Gesamtplan für die Außenflächen zu entwickeln, bevor man isoliert mit dem Bereich der Elly-Heuss-Knapp-Schule beginne. Weiterhin wünscht er die Zusendung einer Übersicht zum zeitlichen Ablauf der Baumaßnahmen in den Schulen an alle Mitglieder des Gremiums.

Stadträtin **Moersch** setzt sich für eine koordinierte Umsetzung der Angebote und einen zeitnahen Planungsbeginn für die Gestaltung von Teilen des Campusgeländes ein.

TOP 2

TV Neckarweihingen - Zuschuss zur Errichtung  
eines Gerätelagers

Vorl.Nr. 222/13

---

### **Beschluss:**

Der TV Neckarweihingen erhält für die Errichtung eines Gerätelagers sowie eines Jugend- und Schulungsraums bei angegebenen Baukosten in Höhe von 49.995,61 € einen Zuschuss in Höhe von 50 %, höchstens jedoch 25.000 €.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Voigt

### **Beratungsverlauf:**

Herr **Fröhlich** (FB Bildung, Familie, Sport) erläutert den Inhalt der Vorlage Nr. 222/13 und zeigt anhand eines Luftbilds den geplanten Standort für das Gerätelager auf.

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird im Gremium nicht das Wort gewünscht.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 222/13 zur Abstimmung.

TOP 3                      **Projekt Zertifizierung der Ausgabestellen von Mittagessen in Kindertagesstätten und Schulen; Zertifikat für Ausgabestellen in Schulmensen - mündlicher Bericht**

---

### **Beratungsverlauf:**

Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport) skizziert mit Hilfe einer Präsentation die Rahmenbedingungen der Überprüfung von Ausgabestellen von Mittagessen in Kindertagesstätten und Schulen. Zu diesem Zweck sei zunächst in Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle für Schulverpflegung ein Projektablauf entwickelt worden, welcher als Grundlage für die Begehungen der verschiedenen Einrichtungen gedient hatte. Hauptsächlich seien Arbeitsprozesse, Betriebsmittel, hygienische Verhältnisse, Personalausstattung, Qualität und Quantität des Essens sowie mögliche Verbesserungspotenziale untersucht worden. In der Summe handele es sich um 16 Ausgabestellen in Kindertagesstätten, die täglich ca. 500 Kinder und 16 Ausgabestellen in Schulen, die täglich ca. 1.700 Schülerinnen und Schüler versorgen.

Auf Bitte von Stadträtin **Klett-Heuchert** wird von EBM **Seigfried** der Erhalt der Präsentation zugesagt.

Herr **Lämmermeier** (FB Bildung, Familie, Sport) gibt einen Überblick zu den Ergebnissen der Überprüfungen und geht, getrennt nach Kindertageseinrichtungen und Schulen, auf die wesentlichen Erkenntnisse ein. So führt er aus, dass beispielsweise in manchen Einrichtungen das Fehlen von Industriespülmaschinen, nicht optimale Warmhalteboxen oder zu lange Wegebeziehungen bemängelt worden sei. Mit dem Ziel der Zertifizierung werde jedoch intensiv an entsprechenden Verbesserungen gearbeitet. In diesem Zusammenhang müsse auch die Auswahl zwischen zwei Gerichten angegangen werden, da dies durch die städtische Kantine noch nicht überall gewährleistet werden könne.

Frau **Schmetz** stellt resümierend fest, dass in den Kindertagesstätten bei der Vorprüfung kleinere Beanstandungen aufgetreten seien und bei den Schulen teilweise noch deutlich nachgebessert werden müsse. Sie schlägt dem Gremium vor, dass dort, wo die Qualitätsstandards schon gegeben sind eine Zertifizierung angegangen werde und anschließend die Einbindung weiterer Ausgabestellen erfolge. Da die städtische Kantine ein zentraler Lieferant für Schulessen sei, werde darüber hinaus eine Zertifizierung im Bereich Kochen/Zubereitung in die Wege geleitet.

Stadtrat **Dr. Vierling** erinnert an die weitergehenden Aspekte aus dem Antrag seiner Fraktion. Als Beispiele nennt er die Wege zwischen Produktion und Verzehr der Mahlzeiten und in diesem Zusammenhang die Frage, ob sich bei diesem Essensvolumen eine Kapazitätserweiterung der städtischen Kantine anböte. Weiterhin rege er die Vertiefung der Überlegungen zur Bio-Qualität der Mahlzeit oder einzelner Komponenten an.

Stadtrat **Dr. Bohn** kann nicht nachvollziehen, dass es einen Mangel darstelle, wenn keine Industriespülmaschinen vorhanden wären. Haushaltsspülmaschinen seien seiner Ansicht nach ebenso leistungsfähig. Zudem weist er darauf hin, dass die Bio-Qualität der Lebensmittel auch eine Preisfrage sei, was sich beim Kriterium der Preisgestaltung bemerkbar mache.

EBM **Seigfried** fügt an, dass Haushaltsspülmaschinen nicht den Hygieneanforderungen entsprächen, da sie nicht die erforderliche Temperatur erzeugen könnten.

Stadtrat **Kirnbauer** bittet um eine Nachjustierung mit Augenmaß, um Aufwand und Nutzen in einem ausgewogenen Verhältnis zu behalten.

EBM **Seigfried** plädiert dafür, an dieser Stelle die notwendige Vorsorge zu treffen. Man habe hier ein Geschäftsfeld aufgebaut, welches nicht zur Kernkompetenz der Verwaltungsmitarbeiter gehöre. Bei der Essensausgabe sei das Verhalten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neben den exorbitant gestiegenen sonstigen Anforderungen der entscheidende Faktor.

Frau **Schmetz** beantwortet im Detail die aufgetretenen Fragestellungen. In Bezug auf die Kapazität der städtischen Kantine möchte man zunächst die Entwicklung des Ganztagesbetriebs in den Schulen abwarten, um zu sehen, welches Ausbaupotenzial gegeben sein wird. Bei der Rohstoff- und Produktauswahl sehe sie nur bei der städtischen Kantine Einflussmöglichkeiten, weise jedoch darauf hin, dass die diesbezügliche Erhöhung des Standards auch die Finanzierungsfrage aufwerfen würde. Die Kostensteigerungen könne man jedoch nicht vollumfänglich an die Kunden weiter geben.

Herr **Lämmermeier** gibt zu den Qualitätskontrollen und -erhebungen Auskunft. In Anbetracht der notwendigen Vorlaufzeiten sei die städtische Kantine mit Großküchen vergleichbar, so dass morgens zwischen 6 bis 7 Uhr mit der Zubereitung begonnen werden müsse, um ab 10 Uhr ausliefern zu können.

Stadtrat **Glasbrenner** bittet um Auskunft, was diese Zertifizierung bedeute und in welchem zeitlichen Rhythmus eine Nachzertifizierung notwendig sein würde.

Herr **Lämmermeier** verdeutlicht, weshalb sich die Verwaltung für diesen Weg der Überprüfung entschieden habe. Zum Einen seien es die Hintergrundfragen der Eltern zur Ausgewogenheit der Mahlzeiten und zur Ausstattung der Ausgabestellen gewesen, zum Anderen diene die Zertifizierung der Absicherung von Ausstattung und Abläufen.

Frau **Schmetz** beziffert die Kosten für die Zertifizierung einer Ausgabestelle auf 200 Euro, wobei es sich dabei nicht um eine Zertifizierung nach ISO-Norm handele, sondern nach den vom Land festgelegten Standards für die Schülerversorgung.

**Beratungsverlauf:**

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2012, Vorl.Nr. 535/12 ist durch die Berichterstattung im BSS am 03.07.2013 erledigt.

Siehe auch Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 3.

**Beratungsverlauf:**

Herr **Henning** (FB Bürgerschaftliches Engagement) verweist auf die dem Gremium vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 229/13 und führt einleitend in den Sachverhalt ein.

Herr **Zahner** (Vorsitzender Arbeitslosenzentrum Ludwigsburg e.V.) stellt den Arbeitsbericht des Arbeitslosenzentrums, unterstützt durch eine Präsentation vor. Hierbei geht er in erster Linie auf den Umfang der Beratungs- und Unterstützungsarbeit, die personelle Ausstattung und Kooperationen ein.

Seitens des Gremiums wird in der nachfolgenden Aussprache allgemein der Dank für die Arbeit der Einrichtung zum Ausdruck gebracht.

Stadtrat **Dr. Bohn** bezeichnet den Landeszuschuss als Anerkennung für die gute Arbeit des Arbeitslosenzentrums. Er erkundigt sich nach der Ursache für die in diesem Jahr sprunghaft angestiegenen Beratungszahlen.

Stadträtin **Lange** hätte sich als Ergänzung des Arbeitsberichtes eine Stellungnahme der Verwaltung in der Vorlage gewünscht. Sie regt dies für den nächsten Bericht in zwei Jahren an.

Herr **Zahner** führt den sprunghaften Anstieg der Beratungszahlen auf die jüngsten Gesetzesänderungen am Anfang des Jahres zurück.